

Deutsche Umwelthilfe schadet der Umwelt – Urteil zum Tagebau Jänschwalde

geschrieben von Admin | 25. März 2022

Während Klimaminister Habeck die Welt bereist auf der Suche nach fossilem Ersatz für russisches Erdgas, geht der deutsche Krieg gegen die Kohle weiter. Sogenannte NGOs denken nicht an „Denken ohne Denkverbote“ über die Energieversorgung angesichts eines Krieges in Europa. Deutsch und grün zu sein heißt, Dinge um ihrer selbst willen zu tun

von Frank Hennig

Das Verwaltungsgericht in Cottbus hat entschieden, dass der Tagebau Jänschwalde ab dem 15. Mai stillgesetzt werden muss. Wieder einmal hat eine dubiose NGO vor einem deutschen Gericht einen Sieg errungen. Es ist ein Pyrrhussieg, der allen schadet.

Der berühmt bis berüchtigte Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) freut sich. Es sei gelungen, zu einem „rechtsstaatlichen Verfahren“ zurückzukehren. Die LEAG (Lausitzer Energie Aktien Gesellschaft) weist auf die gravierenden Folgen hin. Was war passiert?

Der Tagebau Jänschwalde nordöstlich von Cottbus wurde 1974 aufgeschlossen und lieferte seit 1976 Kohle, ab 1981 fast ausschließlich für das gleichnamige Kraftwerk. Ging man zu DDR-Zeiten von einer Betriebszeit bis zur Auskohlung 2016 aus, sorgten die Kraftwerkserüchtigungen nach der Wende für höhere Wirkungsgrade und geringeren Kohleverbrauch, sodass die verbrauchte Kohlemenge sank. Seit Ende 2018 und 2019 stehen zudem zwei Kraftwerksblöcke in der sogenannten Sicherheitsbereitschaft, was den Kohlebedarf nochmals senkte.

Der Tagebaubetrieb folgt einem umfangreichen Genehmigungswerk. Bestandteil des sogenannten Hauptbetriebsplans ist die wasserrechtliche Genehmigung, in der die Grundwasserabsenkung zur Kohleförderung geregelt ist. Diese ist nötig, um trockenen Fußes das Flöz in der Tiefe abbauen zu können. Unter Wasser oder im Schlamm geht das nicht. Der Hauptbetriebsplan stammt aus dem Jahr 1996, wurde 2017 überarbeitet und der Betrieb bis Ende 2023 bei geringerer Leistung genehmigt. Dabei versäumte es die zuständige Behörde, das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR), die wasserrechtliche Genehmigung anzupassen. Das hatte zur Folge, dass die Menge des tatsächlich gehobenen Grubenwassers die genehmigte Menge aus 1996 überschritt.

Dies nahm die DUH dankbar als Klagegrund auf. Obwohl nur 22 Monate bis zur endgültigen Stillsetzung des Tagebaus verbleiben, nutzt man den

Formfehler in den Genehmigungsanlagen gern zur Klage und stellt sich nun mithilfe formaler Paragraphenreiterei eine weitere Trophäe in die Vitrine. Das Verwaltungsgericht in Cottbus entschied, dass der Tagebau ab dem 15. Mai stillgesetzt werden muss. Was dann folgt, ist offen, aber die endgültige Stilllegung ist wahrscheinlich und führt zu negativen praktischen Auswirkungen für Natur, Unternehmen, Mitarbeiter, Anwohner, Energieversorgung und Staatskasse.

Das abrupte Ende der Förderung würde die Kosten der Renaturierung in die Höhe treiben, denn im Gegensatz zum planmäßigen Auslaufen der Förderung wurde keine sogenannte Abschlussfigur geschaffen, auf der die Gestaltung der Folgelandschaft aufbaut. Die Planungen für diese liegen seit Jahren vor und sind genehmigt. Ein Drei-Seen-Konzept mit einem Mix aus landwirtschaftlichen Nutzflächen, Offenland und Wald wäre ab 2024 umgesetzt worden, dafür wurden Rückstellungen gebildet, und es wären Gelder aus dem laufenden Betrieb der LEAG geflossen.

Nun bleibt ein fast drei Kilometer langer riesiger Graben zurück, der eine völlige Neuplanung der Renaturierung erfordert. Diese kann bis zu fünf Jahre in Anspruch nehmen, der Zeitbedarf zur Genehmigung durch die Behörde lässt sich nicht prognostizieren. Über die gesamte Zeit muss weiter das Grundwasser abgesenkt werden. Wenn also gerichtlich festgestellt wurde, dass bisher zu viel Grundwasser abgesenkt wurde, bewirkt das Urteil nunmehr, dass in Zukunft noch viel mehr Wasser als bisher nötig abgepumpt werden muss.

Den Zonk hat in jedem Fall das bergbautreibende Unternehmen in der Hand, denn die gerichtlich unterlegene Seite ist es nicht selbst, sondern das LBGR. Ob dieses nun beim Oberverwaltungsgericht Beschwerde einlegt, ist noch offen. Das Gehalt der Beamten ändert sich nicht, ob sie es nun tun oder auch nicht. LEAG warnt vor Engpässen bei der Versorgung mit Strom und Wärme, worauf der Behördenvorgesetzte, Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD), sinngemäß darauf hinweist, dass die Heizperiode ja bald vorbei sei. Mehr hat er offenbar dazu nicht zu sagen.

Die Wirkungen reichen noch weiter. Zwei Blöcke des Kraftwerks Jänschwalde stehen in der sogenannten Sicherheitsbereitschaft und sind in den Aussagen zur Versorgungssicherheit von Klimaminister Habeck schon benannt worden. Sollten sie tatsächlich aufgerufen werden, ist absehbar, dass die zur Verfügung stehenden Kohlemengen aus dem südbrandenburgischen und sächsischen Raum nicht ausreichen werden. Ehrlicherweise müsste LEAG diese Reserven aufkündigen, sollte das Urteil bestehen bleiben. Der nächste Tiefschlag für das Unternehmen ist die Verschuldung bei der KfW, um die Sicherheitsleistungen für die künftigen Stromverkäufe zu erbringen. Das musste Uniper auch tun, aber LEAG kann den vertraglich vereinbarten Stromlieferungen wahrscheinlich nicht in vollem Umfang nachkommen und könnte damit die KfW-Verbindlichkeiten nicht zurückzahlen.

Somit drohen sogar Insolvenz, dazu ein riesiger so nicht renaturierbarer Graben in der Landschaft und sinkende Versorgungssicherheit bei Strom und Wärme. Das ist der DUH egal. Für eine außergerichtliche Einigung war sie nicht zu haben, aber sie kann auf die heutige Richterschaft vertrauen. Vielleicht hätte LEAG nach dem Vorbild der Kanzlerin mit der zuständigen Kammer vor der Urteilsverkündung speisen sollen.

Das Urteil wirft ein bezeichnendes Bild auf die heutige Richterschaft. Muss man neben der Aktenlage nicht auch die Folgen eines Urteils bedenken? Das bisher zu viel geförderte Wasser ist nicht rückholbar; dass künftig noch viel mehr Wasser als im Genehmigungsbescheid zugelassen gefördert werden muss und welche weiter reichenden Folgen dies hat, interessiert die Roben nicht. Aber es passt zum Gesamtbild. Das Vertrauen in den deutschen Rechtsstaat bröckelt ohnehin. Viele Lausitzer erinnern sich an Pfingsten 2016, als „Ende Gelände“ und Konsorten den Tagebau Welzow und das Kraftwerk Schwarze Pumpe stürmten und trotz erheblicher Vandalismusschäden die strafrechtliche Verfolgung vor freundlichen Richtern im Wesentlichen im Sande verlief.

Übrigens wurde das abgepumpte Grundwasser nicht verbraucht, sondern es stabilisierte überwiegend den Wasserhaushalt der Spree, die ansonsten im Sommer zeitweise rückwärts fließen würde. Grund ist der immer noch große Grundwassertrichter der Lausitz, der sich nach 120 Jahren gezielter Grundwasserabsenkung noch nicht wieder aufgefüllt hat. Ein Zurückfahren der Wasserhebung kann nur schrittweise erfolgen, so wie sich dieser Trichter füllt. Das Denken in größeren Zusammenhängen ist allerdings NGOs, Politikern und Richtern nur mangelhaft gegeben.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Kanzler Olaf Scholz: Falsche Begründung für seine weitere Ablehnung der Kernenergie*)

geschrieben von Admin | 25. März 2022

von Günter Keil und Klaus Tägder

Die Zeitschrift DIE WELT berichtete am 17. März über ihren WELT-Wirtschaftsgipfel, der zwei Tage zuvor stattfand ¹⁾. Dort hätte

Bundeskanzler Olaf Scholz im Zusammenhang mit den neuen Herausforderungen, die sich aus dem Angriff Russlands auf die Ukraine ergeben würden, sehr deutlich Stellung genommen. Es war insbesondere darum gegangen, wie Deutschland auf die neue Situation reagieren sollte, indem sie ihre bisherige Energiepolitik, die zu einer extremen Abhängigkeit von Russland bei der Versorgung Deutschlands insbesondere mit Erdgas geführt hat, weitestgehend verändern müsste. Auch die Rohöllieferungen aus Russland gehören zu diesem Problemkreis.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte dazu betont, dass „der Pragmatismus jede politische Festlegung schlagen muss – aber die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein.“ Woraus man entnehmen kann, dass sich Deutschland nicht für einen Stop der russischen Gas- und Mineralöl-Lieferungen entschließen wird. Diese gewiss sehr wirksame Sanktion täte auch uns wohl viel zu weh.

Die Autoren dieses Artikels der WELT hatten den Eindruck, dass die Bundesregierung „mittelfristig“ darauf setzt, sich aus verschiedenen Quellen mehr Erdgas zu sichern, wobei sogar das durch das hier verpönte Frackingverfahren geförderte Flüssig-Erdgas importiert werden könnte. Wobei es dann etwas peinlich werden könnte, weil der Bau einer Hafenanlage für die Gastanker ewig bis heute verschleppt worden ist. Und das wohl nicht aus Unfähigkeit, sondern mit Absicht. Aber über niederländische Häfen ginge es dann doch.

Die Annahme allerdings, dass damit wohl das große deutsche Ziel, die sogenannten erneuerbaren Energien (die es in der Physik gar nicht gibt) rasch weiter auszubauen, weitgehend aufgegeben sei, wurde vom Kanzler widerlegt. Er erklärte: „In diesem Jahr müssen wir die rechtlichen Hürden beseitigen, damit wir die Ausbauziele bei Windkraft und Sonne schaffen. Der Rückgriff auf Kernenergie wird dabei keine Lösung sein, denn dafür braucht man Uran, und das stammt vor allem aus Russland.“

Der erste dieser beiden Sätze zeigt ein eigenartiges Verständnis vom Recht der Bürger, mittels Klagen vor Gericht sowohl unzumutbare und gesundheitsschädliche Lärm- und Infraschall-Belastungen durch solche Anlagen zu stoppen, als auch Kahlschläge in Wäldern sowie Landschaftsverschandelungen zu verhindern.

Der zweite Satz allerdings stellt eine bewusst falsche Behauptung dar. Es ist leicht, im Internet alle Informationen über die wichtigsten Lieferländer von Uran zu erhalten. Die „Gemeinsame Gruppe NEA/IAEA für Uran“ ³⁾ veröffentlicht alle 2 Jahre das „Red Book“. Darin sind alle Informationen zu diesem Thema enthalten.

Im „Red Book“ von 2020 gibt es eine Grafik (Weltkarte) mit den Ländern, die „Gesicherte Ressourcen“ (RAR) von Uran besitzen, die zu einem Uranpreis bis zu 260 USD/kg gewonnen werden könnten. Zahlen zu den globalen Uranreserven beziehen sich immer auf die heute bekannten Lagerstätten und auf einen bestimmten Uranhandelspreis, zu dem die Vorkommen wirtschaftlich abbaubar sind. Aktuell liegt der Uranpreis bei etwa der Hälfte, also bei 130 USD/kg Uran.

Die Zahlenangaben sind das Vielfache von 1000 Tonnen. Genannt sind daraus hier 15 Länder in der Reihenfolge ihrer U-Vorkommen.

Australien: 1285 (also 1.285.000 Tonnen)

Kanada: 652

Kasachstan: 465

Namibia: 321

Niger: 316

Südafrika: 258

Russland: 257

Indien: 188

Brasilien: 156

China: 123

EU 104 (ohne Grönland)

USA: 102

Mongolei: 61

CZ: 51

Grönland: 51

Zu den Hauptlieferländern an Uran für die deutschen ehemals 17 Kernkraftwerke gehören Australien, Kanada, Niger und Kasachstan. Diese führenden Produzenten deckten unseren Uran-Bedarf mit rd. 75%. Der (hierin nicht enthaltene) Beitrag Russlands lag bei etwa 4%.

In der Literatur wird betont, dass die wichtigsten Uran-Lieferländer politisch wesentlich zuverlässiger sind, als die Lieferländer für fossile Brennstoffe. Für Uran bestünde daher die größere Versorgungssicherheit. Zudem seien die Ressourcen von Uran größer als die von Mineralöl.

Und wenn man höhere Erzeugerpreise in den Berechnungen ansetzt, werden weitere Gewinnungsmethoden interessant: Die Abraumhalden von Goldminen und die Asche aus Kohlekraftwerken enthält bedeutende Uranmengen, womit die Reichweite der U-Vorräte auf 500 Jahre steige. Das Wasser der Ozeane enthält 4,5 Milliarden Tonnen Uran bei einer Konzentration von 0,003 ppm (jeweils 3 Milligramm pro Tonne Wasser).

Schließlich wurde bereits oft auf zwei weitere technische Optionen hingewiesen, die beide bereits weitgehend entwickelt wurden:

– Schnelle Brutreaktoren können über 60-mal mehr Energie aus Uran gewinnen, als die heutigen Leichtwasserreaktoren. Mit solchen Brutreaktoren stiege die Reichweite des Urans auf mehrere Tausend Jahre. Deutschland war bei der Entwicklung dieser Technologie vorne mit dabei.

Die Regierung hat das beendet.

– Aus Thorium kann der Kernbrennstoff U-233 erzeugt werden. Thorium kommt in der Natur dreimal so häufig vor, wie Uran. Indien und China verfolgen langfristig angelegte Entwicklungsprogramme zur

kerntechnischen Nutzung von Thorium. Deutsche Forscher haben es gezeigt – mit dem Hochtemperaturreaktor (HTR), der „inhärent sicher“ war, weil er selbständig bei Abschaltung der Kühlung die Leistung absenkte. Ebenfalls regierungsamtlich beendet. Aber im Magazin der Kerntechnischen Gesellschaft ist in einem Fachartikel von chinesischen Wissenschaftlern über die Entwicklung des dortigen HTR zu lesen, dass den deutschen HTR-Fachleuten für ihre Hilfe gedankt wurde. Diese Anlage wurde inzwischen fertiggestellt; eine Serienfertigung wird beginnen. Das könnte man als erfolgreiche Entwicklungshilfe bezeichnen. Dass der Entwicklungshelfer aber seine neue, eindrucksvolle Technik selbst nicht gar nutzen will, ist nicht normal. In Deutschland aber schon.

Aber zurück zur Behauptung von Kanzler Olaf Scholz:

Es muss nur kurz nachgeschaut werden, was wahr ist. Dann werden Qualität und Realitätsbezug des Arguments, Russland sei der bedeutendste Uranlieferant für Deutschland, auf das reduziert, was es ist...eine Falschaussage.

Dieser Vorgang erinnert an eine vor einigen Jahren gehaltene Rede von Frau Merkel, in der sie sinngemäß Folgendes sagte: ‚Es gäbe immer mehr harte Kritik an der Richtigkeit der CO₂-Klimakatastrophen-Theorie. Vielleicht sollte man gar nicht mehr darauf achten und lieber betonen, dass mit dem Verbrennen von Öl, Kohle und Gas nicht nur CO₂ erzeugt wird, sondern dass dadurch wichtige Rohstoffe verbraucht werden.‘

Abgesehen davon, dass die Kohle noch 600 Jahre reichen würde, ist das sicherlich nicht falsch. Dies ist aber die Methode: „Ich bin halt dagegen. Und wenn die bisherige Begründung für meine Meinung wegfallen sollte, dann suche ich mir eben eine neue.“

Diese Methode scheint jetzt auch unser Bundeskanzler anzuwenden. Dass Kernkraftstrom tatsächlich CO₂-frei ist, muss er wohl inzwischen hinnehmen. Aber jetzt lässt er das Uran knapp werden – und wenn man Russland nun auch noch bei seinen Uranlieferungen sanktionieren sollte, wäre es laut Scholz mit der Option der weiteren Nutzung der Kernkraft in Deutschland vorbei.

Dieser Unsinn gilt aber anscheinend nur für Deutschland. Also nicht etwa für alle anderen Länder dieser Welt, die insgesamt (ohne die 37 KKW Russlands) 405 Kernkraftwerke betreiben und für die ein Ankauf von Uran bei den führenden Produzenten (siehe obige Tabelle) – zu denen Russland wahrlich nicht gehört – kein Problem darstellt. Für Deutschland selbstverständlich auch nicht.

Für Uran, das hauptsächlich für die russischen Kernkrafttypen osteuropäischer Länder gebraucht wird, ist Russland allerdings in der Tat als Lieferant bedeutend. Für uns ist das bedeutungslos.

Wer ihm diesen Sprechzettel (so nennt man das in einem Ministerium) geschrieben hat, der hatte leider keine Ahnung. Folgsam, aber doof. Harte Zeiten für alle.

*) Dieser Artikel erschien in <ageu-die-realisten.com>

Quellen:

1. Nikolaus Doll, Claus-Christian Malzahn: „Die Ampel und der Fortschritt nach der Zeitenwende“, DIE WELT, 17.03.2022; dort: Zitat einer Mitteilung von BK Scholz auf dem WELT-Wirtschaftsgipfel am 15.03.2022.

2. Mitteilung der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (Schweiz): „Der Rohstoff Uran“, 01.01.2019;

www.kkg.ch/de/i/rohstoff-uran-_content-1-1257.html

3. Nuklearforum Schweiz unter Bezugnahme auf die 2-jährige Publikation „Red Book“ der NEA/IAEO;

2020. Die NEA ist die Nuclear Energy Agency; die IAEA ist die International Atomic Energy Agency, eine autonome wissenschaftlich-technische Organisation.

www.oecd-nea.org/jcms/pl_28567/the-joint-nea/iaea-group-on-uranium-ug

Mitten in der Krise: Die DUH legt Deutschlands drittgrößtes Kraftwerk lahm

geschrieben von Admin | 25. März 2022

ENERGIE-KRISE SELBSTGEMACHT

Von Holger Douglas

In Jänschwalde legt sich die Deutsche Umwelthilfe mit dem dortigen Kraftwerk und dem Braunkohletagebau an – mit Erfolg. Unterstützung bekommt sie von der dubiosen Klima-NGO ClientEarth, die eng mit der Öko-Lobby verdrahtet ist.

Das Kohlekraftwerk Jänschwalde gilt als modern und sauber. Sein warmes Abwasser kann zur Fischzucht verwendet werden.

Ab 15. Mai sollen die Kohlebagger im Tagebau Jänschwalde stillstehen,

alle Blöcke des Kraftwerks Jänschwalde müssen abgeschaltet werden. Denn aus dem angrenzenden Tagebau darf kein Grundwasser mehr abgepumpt werden. Das Cottbusser Verwaltungsgericht gab jetzt einem entsprechenden Eilantrag recht.

Der Betreiber des Tagebaues, die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG), pumpe angeblich zu viel Grundwasser ab. Aus dem Braunkohletagebau Jänschwalde muss Wasser abgepumpt werden, sonst würde der Tagebau voll laufen. Das soll der Betreiber jetzt nicht mehr dürfen, obwohl eine entsprechende wasserrechtliche Erlaubnis vorliegt. Die Grundwasserabsenkung für die Tagebaue sorgt übrigens auch für die Wasserhaltung der Spree. In trockenen Sommern wie dem vergangenen kommen 70 Prozent des Spreewassers aus den Tagebauen der Lausitz.

Die Ideologie greift ein sauberes und modernes Kraftwerk an

Dies ist ein weiteres Ergebnis einer langen Klageserie um eine angeblich übermäßige Wasserentnahme aus dem Braunkohletagebau in der Lausitz. Geklagt hatten der Abmahnverein »Deutsche Umwelthilfe e.V.« (DUH) und die »Grüne Liga«, ein ominöser kleiner Verein, der irgendwie noch aus alten Nachwendezeiten übrig blieb und sein Geld mit Klagen gegen Energieversorgung und für einen »nachhaltigen Umbau des Energiesystems« verdient.

Bereits 2019 hatten die Verbände einen vorübergehenden Stopp des Tagebaus bewirkt, da angeblich eine nötige Umweltverträglichkeitsprüfung fehlte. Im Februar 2020 jedoch genehmigte die zuständige Behörde, das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR), den Hauptbetriebsplan für die Jahre 2020 bis 2023 inklusive vorliegender Umweltverträglichkeitsprüfung.

Für den Tagebau besteht eine gültige wasserrechtliche Erlaubnis, so weist die LEAG immer wieder hin. Auf dem Spiel steht der komplette Betrieb des Kohlekraftwerkes Jänschwalde, teuer mit moderner Technik wie Filteranlagen, Rauchgasentschwefelung und verbesserter Feuerung, bei der weniger Stickoxide entstehen, ausgestattet. Ein sauberes Kohlekraftwerk, bei dem sogar wie bei einer Reihe anderer Kraftwerke das warme Abwasser für die Fischzucht genutzt wird. Die fühlen sich im kalten Winter im geheizten Kühlwasser des Kraftwerkes wohl.

Ein Tagebaustopp könnte der Umwelt sogar schaden statt nützen

Gegenüber dem *rbb* warnt LEAG-Bergbauvorstand Phillipp Nellessen vor einem Stopp der Kohleförderung vor allem angesichts des Ukraine-Krieges: »Wir bedauern diese Gerichtsentscheidung zum Tagebau Jänschwalde, die aus unserer Sicht weitreichende Folgen sowohl für die aktuell bereits

vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs in Frage gestellte Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme hat als auch gravierende Auswirkungen für die Natur und die Strukturentwicklung in der Region um den Tagebau mit sich bringt.«

»Mit einem möglichen sofortigen und ungeplanten Tagebaustopp nimmt die DUH in Kauf, die Wasserhebung im Tagebau Jänschwalde zeitlich zu verlängern und damit die Umweltauswirkungen im Vergleich zum gegenwärtigen Zustand zu verschlechtern«, betont die Leiterin Geotechnik bei LEAG, Franziska Uhlig-May. Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig. Die LEAG wird eine Beschwerde auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit prüfen.

Hinter ClientEarth stecken die Verflechtungen bekannter Öko-Lobbys

Damit betätigt sich die DUH noch deutlich aggressiver als zuvor im Kampf gegen die Braunkohle. Schon 2018 hat man sich darüber den Kopf zerbrochen, wie man die Braunkohleförderung und die dazugehörigen Kraftwerke aus der Lausitz bekommt. Aus den Prozess-Zeiten gegen Diesel und Benziner steht ein alter Bekannter zur Seite: die Anwalts- und Klima-NGO ClientEarth.

Der internationale Abmahnverein ClientEarth hat es sich zum Ziel gesetzt, das aus seiner Sicht brachliegende Feld des Umweltrechts in Europa zu beackern und dabei kräftig abzusahnen. Er hat Anwaltsbüros in besten Lagen in London, Brüssel, Warschau, Madrid und Berlin eingerichtet. Der Chef des Vereins träumt auch schon mal vom Sturz einer europäischen Regierung und will mal eben ein Industrieland zerlegen und seine Energieversorgung zerstören wegen angeblicher Klimaschädlichkeit.

Wenn man sich anschaut, wer ClientEarth vertritt, dann finden wir sie in der Umgebung von typischen Verdächtigen. Ida Westphal zum Beispiel. Sieht man sich die Lebensstationen der Juristin an, dann zeigt sich dasselbe bekannte Netzwerk. Sie war „Fellow“ bei der Mercator-Stiftung; jener Stiftung, die den Ex-DUH-Chef Rainer Baake bei der Etablierung seiner „Agora“-Denkfabrik unterstützte. Außerdem war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Öko-Institut. Damit verdrahtet ist auch der Graichen-Clan, der heute im Wirtschaftsministerium den Ton angibt.

Eine andere Persönlichkeit bei ClientEarth ist der Anwalt Hermann Ott. Laut Anwaltsblatt „Gorleben-Demonstrant, Rechtsanwalt in der Kanzlei Schily, Becker, Geulen, Umweltwissenschaftler beim Wuppertal Institut, Bundestagsabgeordneter für die Grünen“. Besonders die Station bei Reiner Geulen ist interessant.

Die Kanzlei Geulen & Klinger – die aus Schily, Becker, Geulen hervorgegangen ist – hat in der Vergangenheit die DUH vertreten und für

ClientEarth rechtliche Interessen wahrgenommen. Geulen selbst gilt als idealer Vertreter der 68er Generation, gehörte zur Studentenzeit dem SDS an und erwarb sich dann einen Ruf als Anwalt der Atomkraft-Gegner.

Hambacher Forst hui, Reinhardtswald pfui

Die Aktionen von DUH und ClientEarth laufen an parlamentarischer Willensbildung vorbei – unter dem Deckmantel des »Klimawandels« und Umweltschutzes. Damit lässt es sich prächtig herumjuristen, seitdem grüne Ideologen vor langer Zeit das Feld in Sachen Umweltgesetzgebung bereitet hatten. Jetzt geht die Saat auf.

Der Anwalt der klagenden DUH, Dirk Teßmer, sprach das Ziel aus: Der Tagebau muss weg. Denn: »Dass festgestellt werden kann, dass der Tagebau mit der Erhaltung der Moore und Feuchtgebiete vereinbar ist, kann ich mir kaum vorstellen.«

Teßmer war schon im Hambacher Forst aufgetreten und hat dort den Rodungsstopp durchgesetzt. Dies, obwohl die Grünen seinerzeit in der rot-grünen Koalitionsregierung Nordrhein-Westfalen den Beschluss zur Fortsetzung des rheinischen Tagebaues und zur Rodung des forstlich unbedeutenden Hambacher Forstes mitgetragen hatten. Die allerdings wollen nichts mehr davon wissen. Nicht bekannt ist übrigens, dass sich Teßmer gegen die Abholzung riesiger Flächen im Reinhardtswald oder im Odenwald ausgesprochen hat, die für Windkraftanlagen fallen sollen.

Mit ihrer Klage wolle die DUH die Landschaft vor dem Austrocknen schützen. Windräder begünstigen übrigens das Austrocknen der Landschaft. Der Verein klagt indes nicht gegen den drastischen Ausbau von Windrädern und das Abholzen von Wäldern zum Beispiel in hessischen Schutzgebieten in gigantischem Ausmaß.

Sigmar Gabriel gab der DUH den Hammer in die Hand

Die Auseinandersetzung wirft wieder einmal ein Licht auf jenes zweifelhafte Verbandsklagerecht. Denn erst auf dieser Grundlage sind solche Klagen möglich. Vor Einführung des Verbandsklagerechtes konnten nur Nachbarn klagen. Doch die wurden jetzt praktisch entmündigt und müssen zusehen, wie ihre Arbeitsplätze von internationalen NGOs mit Klagen abgeräumt werden.

Es war übrigens Sigmar Gabriel, der als Umweltminister der DUH die höheren Weihen zum Geldverdienen und Zertrümmern der Industrielandschaft Deutschlands verpasste, als er 2008 die DUH als klageberechtigte Vereinigung anerkannte.

Und Deutschland sieht zu, wie auf dem Klageweg ein Kraftwerk nach dem anderen abgeräumt wird. Gespannt darf man zusehen, was Habeck & Co dazu

sagen werden, denen die Energienot Deutschlands immer mehr zum grünen Desaster gerät. Immerhin handelt es sich bei dem Kraftwerksblock Jänschwalde um das drittgrößte Kraftwerk Deutschlands.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Könnten wir auf Energie aus Russland verzichten?

geschrieben von Admin | 25. März 2022

Prof. Dr. Hans-Günter Appel Pressesprecher NAEB

Der Finanzminister und FDP Vorsitzende Lindner hat im Bundestag verkündet, Wind- und Solarstrom sei Freiheitsenergie. Damit könnte Deutschland unabhängig werden von Energieeinfuhren aus Russland. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten klatschte Beifall. Sie demonstrierten öffentlich ihre rudimentären Kenntnisse über den Energiebedarf und die Energieversorgung in Deutschland.

Energiebedarf in Deutschland

Deutschland verbraucht jährlich 4.000 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Primärenergie. Das sind große Zahlen, für die uns die Vorstellungskraft fehlt. Übersichtlicher wird es, den Energieverbrauch pro Einwohner zu betrachten. Auf jeden Einwohner entfallen 50.000 kWh Primärenergie. Das ist die Energie aus 5,5 Tonnen Kohle oder aus 4,5 Tonnen Erdgas oder Erdöl oder aus 0,5 kg Kernbrennstoff.

Die Primärenergie wird umgewandelt zu Strom, Treibstoffen und Brennstoffen, die der Verbraucher als Endenergie bezahlt. Bei den Umwandlungen geht viel Energie verloren. Kraftwerke haben Wirkungsgrade um 40 Prozent; das heißt, 60 Prozent der eingesetzten Energie geht als Abwärme verloren. Moderne Kraftwerke erreichen Wirkungsgrade von 46 Prozent. Sie erzeugen mit der gleichen Brennstoffmenge 15 Prozent mehr Strom.

Erdölraffinerien verbrauchen etwa 10 Prozent der Primärenergie zur Herstellung von Treibstoff und Heizöl. Erdgas muss in vielen Fällen aufbereitet werden. Störende Anteile, zum Beispiel Schwefel, müssen entzogen werden. Weiter wird das Gas zum Transport durch Rohrleitungen

und zur Zwischenlagerung in Kavernen komprimiert. Auch das kostet Energie, die als Wärme verloren geht.

Als Endenergie nutzen wir pro Einwohner 7.500 kWh Strom, 7.500 kWh Treibstoffe und 15.000 kWh Brennstoffe. Ein weiterer Teil des Erdöls und der Kohle wird in der Industrie zur Erzeugung von Kunststoffen, Dünger und Metalle gebraucht.

Energie ersetzt menschliche Arbeit

Die Leistung des Menschen ist mit 0,1 Kilowatt (kW) gering. In 10 Stunden ist das eine Kilowattstunde mechanische Energie. Das erscheint wenig. Doch mit 1 kWh kann man eine Tonne Wasser 360 Meter heben. Wir können festhalten. Der Einsatz von einer Kilowattstunde ersetzt die Tagesarbeit eines Menschen. Wenn wir die Endenergie durch 300 Arbeitstage im Jahr teilen, hat jeder von uns durch die Energienutzung 100 Arbeitssklaven. Das beginnt bei den Haushaltsgeräten. Ein Staubsauger mit einer Leistung von 1 kW ersetzt 10 Teppichklopfer. Jeder kann sich mit einem Blick auf die Leistungsangabe eines Gerätes selbst ausrechnen, wieviel Helfer mit dem Einschalten aktiviert werden.

Energie ersetzt im hohen Maß menschliche Arbeitskraft. Sie ist der Schlüssel zu unserem Wohlstand. Mit der Entwicklung der Dampfmaschine wurde mechanische Energie viel billiger als die Arbeit von Sklaven. Die Sklaverei hatte ausgedient. Heute wird die Haushaltsarbeit durch Maschinen deutlich reduziert. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Emanzipation der Frauen. Mechanisierung und Automatisierung von Haushalt und Industrie erlauben hohe Sozialleistungen. Kommunikation und Internet sind ohne Energie nicht möglich. Das Internet braucht mehr Energie als alle Flugzeuge der Welt.

Sichere Energieversorgung

Dies alles ist nur möglich durch eine ausreichende und sichere Energieversorgung. Nach dem letzten Weltkrieg war die heimische Stein- und Braunkohle die Grundlage für den Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands. „Schornsteine müssen rauchen, damit es aufwärts geht“, war die Devise. Das galt auch weiter, als billiges Erdöl die Welt ab 1960 überschwemmte. Die Steinkohle wurde unwirtschaftlich. Die Förderung wurde aber zur Versorgungssicherheit noch über 50 Jahre mit Subventionen aufrechterhalten und erst vor wenigen Jahren aufgegeben. Die Regierung Merkel setzte ausschließlich auf billige Importe und beschloss, die Stromerzeugung mit Steinkohle und auch mit der heimischen Braunkohle zu beenden. Ende dieses Jahres sollen auch die letzten 3 Kernkraftwerke vom Netz gehen. Als Ersatz sollen Gaskraftwerke dienen, die vorwiegend russisches Gas nutzen. Das Endziel ist eine vollständige Versorgung mit den sogenannten regenerativen Energien Erdwärme, Wasserkraft, Biomasse, Wind und Sonne.

Zurzeit importiert Deutschland fast den gesamten Bedarf an Erdgas und Erdöl und die Steinkohle. Die geringen heimischen Gas- und Ölförderungen fallen kaum ins Gewicht. 55 Prozent des Erdgases und rund 25 Prozent des Erdöls und der Steinkohle kommen aus Russland. Damit kontrolliert Russland ein Drittel unserer Energieversorgung. Der Stromverbraucherschutz NAEB hat immer wieder darauf hingewiesen, Deutschland macht sich mit hohen Energieeinfuhren aus nur einem Land erpressbar. Der Import müsste aus wesentlich mehr Ländern kommen, um variabel auf Ausfälle von einem Lieferanten reagieren zu können. Dazu gehört auch die Anlandung von Flüssigerdgas. Doch Pläne, die zum Beispiel seit 40 Jahren für Wilhelmshaven vorliegen, wurden nicht weiter verfolgt. Jetzt sollen Flüssiggas-Terminals im Eiltempo gebaut werden. Das dauert mindestens 2 Jahre. Inzwischen könnten bei uns die Heizungen und Lichter ausgehen, wenn Russland die Lieferungen stoppt.

Denn Deutschland hat nur für Öl seit 50 Jahren eine Notreserve. Unter der Regie des staatlichen Erdöl-Bevorratungsverbandes ist der Öl- und Treibstoffbedarf für 90 Tage vorwiegend in Salzkavernen eingelagert. Davon liegt der größte Teil mit 10 Millionen Tonnen unter Wilhelmshaven. Die Reserve verteuert die Treibstoffkosten um 0,5 Cent/Liter. Die Bundeswehr hat zusätzlich noch eine eigene Notreserve. Für Gas gibt es zahlreiche Kavernen, die aber keine Reserve sind, sondern nur als Puffer zwischen hohem Bedarf im Winter und geringem Bedarf im Sommer dienen. Steinkohlenreserven gibt es nicht. Die Kraftwerke lagern nur den Bedarf für wenige Tage. Schon der Ausfall eines Lastkahns durch Havarie oder Eisgang hat wiederholt zum Abschalten von Kraftwerken geführt. Erst jetzt bemerkt die Bundesregierung, dass wir auch Notreserven für Gas und Steinkohle brauchen.

Unverständlich ist das Beharren von Regierung und Parteien, die Stromerzeugung mit heimischer Braunkohle in den nächsten 15 Jahren aufzugeben zugunsten der sogenannten regenerativen Energien. Der günstigste Strom wird aus Braunkohle für etwa 3 Cent/Kilowattstunde erzeugt. Er bildet einen wichtigen Anteil der Grundlast im Netz, die die Frequenz vorgibt und hält. Weiter sind die Kraftwerke regelfähig. Sie können sich schnell an den Bedarf anpassen. Das ist wichtig, weil es bis heute keine ausreichenden Stromspeicher gibt. Strom von Wind und Sonne ist 3- bis 4-mal teurer und nicht grundlastfähig. Dieser Strom kann kein stabiles Netz aufbauen und halten.

Reichen die „regenerativen“ Energien für eine vollständige Energieversorgung?

Erdwärme:

Sie könnte wirtschaftlich nur genutzt werden in Thermalbereichen, also in Gebieten mit hohen Temperaturen in geringen Tiefen. Die Wärme kann man zum Heizen und evtl. auch zur Stromerzeugung dienen. Versuche haben aber gezeigt, dass bei längerem Wärmeentzug leicht Erdbeben auftreten.

In jedem Fall ist Erdwärme deutlich teurer als Braunkohle.

Wasserkraft:

Wasserkraftwerke sind ideal. Sie sind regelbar und ohne Emissionen. Leider fällt in Deutschland nicht genug Regen und es fehlen ausreichende Fallhöhen für die benötigte Energieerzeugung. Mit einer Fallhöhe von 360 Metern kann man von einem Hektar 8.000 bis 9.000 kWh im Jahr gewinnen. Die Bevölkerungsdichte liegt in Deutschland bei 2,3 Einwohner/Hektar, die einen Energiebedarf von 115.000 kWh haben. Die Regenmenge kann maximal 3 Prozent zur Energieversorgung beitragen. Da nur wenige Gebiete ausreichende Höhenunterschiede haben, ist der reale Anteil mit 0,04 Prozent wesentlich geringer.

Biomasse:

Pro Hektar wächst in unseren Breiten jedes Jahr Biomasse mit einem Energiegehalt von 50.000 kWh nach. Das ist weniger als 50 Prozent des Bedarfs. Biomasse muss aber bevorzugt der Ernährung dienen, wenn wir nicht verhungern wollen. Bioenergie kann daher nur wenige Prozent zum Heizen und zur Erzeugung von Strom und Treibstoffen beitragen. Die staatlich subventionierte Umstellung von Heizkraftwerken auf Holzfeuerung führt zu einem Holzbedarf über der Nachwuchsrate. Nach Berechnungen von NAEB ist der Deutsche Wald in 20 Jahren vernichtet, wenn alle Heizkraftwerke auf Holzfeuerung umgestellt werden.

Solarenergie:

Mit Photovoltaik können pro Hektar und Jahr rund 900.000 kWh erzeugt werden. 22 Prozent der Fläche Deutschland würden den Jahresbedarf decken. Diese Aussage gilt für die derzeitige Energienutzung ohne große Stromspeicher. Angestrebt wird eine vollständige Umstellung auf „regenerative“ Energien. Wasserstoff aus Solar- und Windanlagen soll als Energieträger gespeichert werden und als Grundstoff zur Synthese von Heizgas, Treibstoffen und chemischen Produkten dienen. Der Energiebedarf dürfte sich dadurch verdoppeln, denn die Umwandlungen und Synthesen brauchen viel Energie, die weitgehend als Abwärme verloren geht. Eine Vollversorgung mit Solarenergie würde knapp 50 Prozent der Fläche Deutschlands beanspruchen. Eine utopische Vorstellung.

Windenergie:

Windgeneratoren kosten pro Kilowatt installierter Leistung 1.000 Euro (Offshore das 4-fache). Damit werden im Jahr 1.800 kWh erzeugt. Ein großer Windgenerator hat 3.000 kW Leistung und erzeugt 5,4 Millionen kWh/Jahr. Pro Hektar hätten wir nach der Umstellung auf „regenerative“ Energien einen Bedarf von 215.000 kWh. Sollte der gesamte Energiebedarf durch Windgeneratoren abgedeckt werden, müssten auf jeden Quadratkilometer 4 große Anlagen errichtet werden. Doch selbst dann wird die notwendige Stromproduktion nicht erreicht, weil die dicht stehenden Generatoren sich gegenseitig den Wind stehlen und die kilometerlangen

Wirbelschleppen den Wirkungsgrad der im Lee stehenden Anlagen mindern.

Fazit

Die Flächen in Deutschland reichen nicht aus, um den Energiebedarf durch Biomasse, Wasserkraft, Wind- und Solarstrom zu decken. Die Energiewende hat ihre Grenzen erreicht. Wir sind auf die Nutzung fossiler und nuklearer Brennstoffe angewiesen. Dazu sollten in erster Linie die heimischen Brennstoffe gewählt werden. Braunkohle ist die wirtschaftlichste Quelle, die uns noch Jahrzehnte zur Verfügung steht. Sie sollte nicht nur weiter genutzt, sondern ausgebaut werden, um die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Weiter muss geprüft werden, ob die Wiederaufnahme der Steinkohlenförderung sinnvoll ist. Reserven gibt es noch reichlich, allerdings in größeren Tiefen. Die Förderung wird dadurch teuer. Auch über Fracking nach Gas und Öl sollte ohne ideologischen Ballast entschieden werden.

Die noch laufenden drei Kernkraftwerke erzeugen etwa 6 Prozent unseres Stroms. Das ist zwar wertvolle Grundlast, die aber nicht relevant für eine sichere Stromversorgung ist. Deutschland hat sich weitgehend von der Atomphysik verabschiedet. Das ist eine falsche politische Entscheidung. Der wachsende Energiehunger der Welt kann langfristig nur durch Kernenergie befriedigt werden. Immer mehr Länder haben dies erkannt und bauen oder planen neue Kernkraftwerke. Die Kernphysik sollte in Deutschland wieder stärker unterstützt werden.

Die „regenerative“ Energieerzeugung, muss aufgegeben werden. Regierung und Politiker müssen den Mut aufbringen und bekennen: Die Energiewende ist nicht möglich. Damit werden Wendekosten von mindestens 50 Milliarden Euro eingespart. Der Strompreis wird halbiert und die Treibstoff- und Heizungskosten sinken wesentlich. Die wahren Kosten der Energieversorgung werden wieder klar, die durch die CO₂-Bepreisung verteuert und verzerrt wurden.

Deutschland kann zurzeit nicht auf Energieimporte aus Russland verzichten. Die Nachteile für Deutschland wären weitaus größer als für Russland. Wir können und sollten aber aktiv die Abhängigkeit von Russland verringern. Dazu müssen heimische Brennstoffe stärker genutzt und Energieimporte breiter gestreut werden. Der Ausbau von Wind- und Solarstromanlagen ist keine Freiheitsenergie. Mit diesen Anlagen kann der Energiebedarf in Deutschland nicht gedeckt werden. Die hohen Kosten schränken aber die Freiheit der Bürger ein. Mit wachsenden Energiekosten steht weniger Geld für Reisen, aber auch für Aus- und Fortbildungen zur Verfügung. Nur mit sicherer und bezahlbarer Energie können wir unsere Freiheit vergrößern. Das wird möglich mit der Beendigung der Energiewende.

Politischer Klimawandel: Putins Krieg zerstört den großen „grünen“ Energie-Reset

geschrieben von Andreas Demmig | 25. März 2022

Wladimir Putins Marsch durch die Ukraine hat Pläne zunichte gemacht, die vom Menschen verursachten Kohlendioxidemissionen auf Netto-Null-Ziel zu senken.

Erinnern Sie sich an einen Monat oder so zurück, als die dringendste Herausforderung die offensichtliche Notwendigkeit war, das globale Wetter mit endlosen Subventionen für Milliarden weiterer Solarmodule und Millionen weiterer riesiger industrieller Windturbinen zu zähmen?